

sind so heikler Natur, daß es kaum möglich ist, in diesem Gremium zu einem abschließenden Urteil zu kommen. (Sehr wahr!)

Aufgabe der vom Genossen Silber Schmidt beantragten Kommission wird es sein, die Mittel und Wege zu finden, um zunächst ein Aktionsprogramm für die nächsten Monate zu schaffen, sobald aber ein weitergehendes Programm, das unsere Forderungen an die Gesetzgebung enthält.

Die vorgelegten Leitfäden bedeuten nicht der Weisheit letzten Schluß und enthalten nicht das Endziel der Sozialdemokratie. Die Leitfäden besagen, was auf dem Wege zur Gesundung auch schon innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erreicht werden kann.

Besondere Beachtung verdienen die Beschlüsse, die der Deutsche Bauarbeiterverband auf seinem letzten Verbandstage gefaßt hat. Selbstverständlich unterstützt die Sozialdemokratische Partei die Bestrebungen der Bauarbeiter in jeder Beziehung, schon weil ein enger Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und der Arbeitslosigkeit im allgemeinen besteht. (Sehr richtig!)

Genosse Silber Schmidt wies sehr richtig darauf hin, daß, wenn wir die Mietsteuer verwerfen, die nächste Baukonjunktur ungenutzt vorübergehen könnte. Aber auch wenn die Mietsteuer nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsministers angenommen wird, ist die nächste Baukonjunktur bereits verflissen. Es handelt sich zunächst nur um eine Vorlage an den Reichsrat. Bis zur Verabschiedung durch den Reichsrat und den Reichstag werden noch einige Wochen vergehen. Natürlich müssen wir für die Uebergangszeit Maßnahmen ergreifen, um die Bautätigkeit alsbald zu fördern. Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie schon in den diesjährigen Reichshaushaltsplan Mittel zur Förderung der Bautätigkeit einstellt.

Zu dem Wunsche, daß die Erhebung der Mietsteuer nicht vom Reich aus erfolgen, sondern von den Gemeinden geregelt werden möge, wird die Reichstagsfraktion Stellung nehmen können, wenn sie sich erst grundsätzlich über die Mietsteuer klar ist. Die Ansichten darüber gehen auch innerhalb der Sozialdemokratie auseinander. Aber völlige Uebereinstimmung herrscht darin, daß wir einer Mietsteuer, deren Erträge privaten Kapitalisten zugute kommen, niemals unsere Zustimmung geben können. (Beifall.) Die Mittel, die von der Gesamtheit aufgebracht werden, müssen der Gesamtheit wieder zugute kommen.

Auch der Forderung auf Beseitigung der freien Wirtschaft in der Bauindustrie stimme ich zu. Selbst wenn es nicht gelingt, die Frage auf gesetzlichem Wege schnell zu regeln, können wir mit einzelnen Maßnahmen auf diesem Gebiete vorangehen und dahin wirken, daß bestimmte Betriebe genossenschaftlich zusammengefaßt werden. Auch da, wo wir genügenden Einfluß in den Gemeinden haben, können wir versuchen, bestimmte Betriebe in gemeindliche Regie zu überführen. Ein solches Experiment würde sich sicher bewähren, und andere Gemeinden würden nachfolgen.

Ich nehme an, daß die Ueberweisung der Anträge und Leitfäden an die Kommission kein Begräbnis erster Klasse bedeutet, sondern daß der Parteitag den Wunsch ausdrückt, daß die Kommission unverzüglich an die Arbeit geht. (Sehr gut!) Weiße Kreise des Volkes verlangen vom Parteitag Rettung aus der furchtbaren Kalamität. Käuschen wir die Erwartungen, die das Volk auf uns stellt, nicht, lassen wir es nicht bei Worten bewenden, sondern lassen wir den Worten bald Taten folgen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß der Berichterstatter Engler auf das Schlußwort verzichtet.

Der Antrag 389 wird in der darauf folgenden Abstimmung einstimmig angenommen. Alle zu Punkt 5 der Tagesordnung vorliegenden Anträge sind damit der vom Parteitag zu bildenden Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung Punkt 7 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge.

Der Antrag 380, betreffend Förderung des Genossenschaftswesens, wird genügend unterstützt und ohne Debatte angenommen.

Die Anträge 297, 303 und 304, betreffend Aufrechterhaltung des Schnapsbottols und Wirkung der Partei im Sinne der Essener Beschlüsse gegen den Alkoholgenuß, werden genügend unterstützt und dem Vorschlage des Vorsitzenden Müller entsprechend der Parteigenossenschaft zur Berücksichtigung empfohlen.

Die Anträge betreffend eine Welt-Hilfssprache, darunter der Antrag 226, betreffend Esperanto, werden ausreichend unterstützt und ohne Debatte dem Vorschlage des Vorsitzenden entsprechend dem Parteivorstand überwiesen.

Der Antrag 375 betreffend Sympathieerklärung für die im Zeitungs-gewerbe Ausgeperrten, wird insofern für erledigt erklärt, als der Zeitungs-jreiß beendet ist; insofern er auspricht, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen Abzüge vom Lohnneinkommen nicht gestattet sind, wird er ohne Debatte angenommen.

Als Ort des nächsten Parteitages schlägt der Antrag 301 Altona vor, der Antrag 332 Kiel, der Antrag 383 Düsseldorf, der Antrag 387 Mannheim.

Jacob: Ich bin von den Kieler Genossen beauftragt, dafür einzutreten, daß der nächste Parteitag in Kiel stattfindet. Kiel war fast ein Jahrhundert lang das Stellschein monarchischer Kreise. Alljährlich kam in der Kieler Woche Wilhelm II. mit seinen Getreuen und den Vertretern des preußischen Junkertums und des Finanzkapitals nach Kiel. Jetzt ist es anders geworden. Eine starke sozialdemokratische Organisation in Kiel bittet darum, daß im nächsten Jahre die Parteigenossen nach Kiel kommen, um zu zeigen, daß wir in einer neuen Zeit leben. Bisher haben die Parteitage immer im Westen und Süden stattgefunden, noch nicht einmal aber im hohen Norden.

Nach des Tages Mühe bietet Kiel etwas ganz Eigenartiges. Wir können Sie aufs Blaue Meer hinausführen. Dort finden Sie Erfrischung, und wenn Sie ans Land zurückkommen und etwas angegriffen sind, finden Sie Stärkungsmittel von eigenartiger Wirkung. Diese Stärkungsmittel werden so zusammengestellt, daß jeder sie vertragen kann.

Weiter haben wir in Kiel den Genossen Dr. Alberti, den Sie ja aus seiner früheren Tätigkeit kennen. Es wird ihm eine hohe Freude sein, dem Parteitag mit einer Vorstellung von hoher künstlerischer Bedeutung aufwarten zu können.

Wenn Sie dann in Ihre Heimat zurückkehren, werden Sie Ihren Frauen und ihren Kindern auch etwas mitbringen wollen, und dann haben Sie die echten Kieler Spargeln und Bücklinge, die Sie mitnehmen können. (Geisterkeit.)

Daher möchte ich Sie bitten, erfüllen Sie den Wunsch der Kieler Genossen. Denken Sie daran: Kiel bietet viel! (Beifall.)

Verlag: Ich habe Sie namens der niederrheinischen Delegation zu bitten, den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten. (Bravo!) Seit mehr als 13 Jahren hat kein Parteitag in dem westlichen industriellen Bezirk, der für Deutschland so außerordentlich wichtig ist, stattgefunden. Ein Parteitag in Düsseldorf wäre auch eine politische Demonstration ersten Ranges, da ein Teil Düsseldorfs auch noch zum besetzten Gebiet gehört. Infolgedessen haben Sie auch in Düsseldorf die beste Gelegenheit, Anschauungsunterricht darüber

zu erhalten, wie die Besatzungsbehörden wirken. Sie können in Düsseldorf noch die traurige Tatsache konstatieren, daß auf der diesseitigen Rheinbrücke die spanischen Reiter der Belgier stehen und Schießscharten gegen Deutschland zu gemacht sind. Wir bitten Sie daher dringend, den nächsten Parteitag in Düsseldorf stattfinden zu lassen. Das Bedenken, daß vielleicht von Seiten der Unabhängigen, die ja bisher in Düsseldorf zahlenmäßig stärker waren als die Sozialdemokratische Partei, Störungen entstehen könnten, halte ich nicht für stichhaltig; erstens, weil ich solche Störungen nicht fürchte und zweitens, weil ich glaube, daß wir uns derartiger Störungen zu erwehren wissen. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie nochmals dringend, den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.

Kirchner-Altona: Ich habe im Namen der Parteigenossen Altonas die Bitte auszusprechen, den nächsten Parteitag in Altona abzuhalten. Wir können Ihnen versichern, daß wir in Altona ein Lokal zur Verfügung haben, das jedweden Anforderungen entspricht, auch in bezug auf die Akustik. Wir haben Ihnen auch in Altona recht viel zu bieten und zu zeigen. Altona hat trotz seiner Einwohnerzahl von 180 000 stets im Schatten der Großstadt Hamburg gestanden. Wenn Sie also nach Altona kommen, kommen Sie in das Groß-Hamburg hinein; deshalb bitte ich Sie ganz besonders, diesem Antrage zuzustimmen.

Leber: Ich erlaube Sie, alle gestellten Anträge dem Parteivorstand und dem Parteiauschuß zu überweisen und heute eine Entscheidung über den nächsten Tagungsort nicht vorzunehmen.

Maier: Ich habe den Auftrag, den Parteitag zu bitten, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten. Sie kennen ja Mannheim schon als einen früheren Tagungsort und wissen, daß Mannheim für die Abhaltung eines Parteitags vorzüglich geeignet ist. Wenn Sie von Mannheim aus das beste Gebiet betreten wollen, so brauchen Sie nur über die Rheinbrücke zu gehen. Außerdem liegt Mannheim in der Pfalz, und was die Pfalz für Deutschland bedeutet, müssen Sie sich von einem Pfälzer lassen. (Beifall.)

Es wird gemäß dem Antrag Leber beschlossen, sämtliche Anträge bezüglich des nächsten Tagungsortes dem Parteiauschuß und Parteivorstand zu überweisen.

Der Antrag 369 wird ausreichend unterstützt. Zu einer Begründung erhält das Wort

Neue: Genosse Wels führte in seinem Vorstandsbericht bereits an, daß die auswärtige Politik der wichtigste Bestandteil der inneren Politik sei. Die auswärtige Politik wird in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen. Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag dem Parteitag zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag Neue auf Nr. 369 wird dem Parteiauschuß und dem Parteivorstand ebenfalls zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf Antrag des Genossen Schönfelder wird über den Antrag 388, der durch Annahme des Antrages 389 für erledigt erklärt war, nachträglich doch noch abgestimmt. Er wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Schlusswort hält

Vorsitzender Müller: Genossinnen und Genossen! Am Schlusse unserer Tagung glaube ich, verpflichtet zu sein, an erster Stelle unseren Kasseler Genossen zu danken für die Aufnahme, die sie dem Parteitag gewährten. (Bravo!) Jeder Parteitag ist in gewissem Sinne auch abhängig von dem Milieu, in dem er stattfindet. Unsere Kasseler Genossen haben uns am Sonntagabend in der Eröffnungsfeier einen Aufstakt gegeben, wie wir ihn in gleicher

Schönheit lange Jahre nicht erlebt haben (Zustimmung), einen Aufstakt, der uns die sachliche Arbeit in der verflochtenen Woche wesentlich erleichtert hat.

Genossen und Genossinnen! Dieser Parteitag ist ein Parteitag sachlicher Arbeit gewesen. Diejenigen, die Sensationen von ihm erwartet haben, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. (Sehr gut!) Wir hatten auch nicht die Absicht, etwa den Hallenser Parteitag in der Konkurrenz zu schlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Das heißt nicht, daß wir keine Gegenätze hätten. Die Debatte über die Wirtschaftspolitik hat gezeigt, daß auch in unserer Partei gegensätzliche Meinungen vorhanden sind. Das soll und muß so sein. Aber wir haben diese Gegenätze kameradschaftlich ausgetragen, und nur in diesem Sinne werden wir vorwärts kommen.

Ich will keine großen Vergleiche mit der Hallenser Tagung ziehen. Aber ich kann doch wohl feststellen, daß dort nicht nur Gegenätze vorhanden gewesen sind, sondern daß auch eigentlich keine kameradschaftliche Kampfgemeinschaft mehr vorhanden gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.) In Halle waren die Vertreter der Rechten und der Linken eigentlich nur in einem einig. Das haben von der Rechten Ludwig-Dagen und von der Linken Richard Müller gleichmäßig ausgesprochen mit den Worten: Unsere Partei ist morisch und muß zerbrechen. Demgegenüber können wir feststellen, daß unsere Partei sich auf diesem Parteitag stark gezeigt hat. (Sehr wahr!) Wie stark die Gegenätze in Halle sind, geht ja daraus hervor, daß dort die einzelnen Richtungen in so blinder Wut losgehen, daß sie gegen sich selbst arbeiten. Ich erinnere daran, daß am Mittwoch das Zentralorgan der unabhängigen Sozialdemokratie „Die Freiheit“ die Herausgabe des neuen Mitteilungsblattes für die Anhänger der Dritten Internationale in einer Notiz angezeigt hat, die die Leber'schrift trug: „Eine neue Giftsprache“. (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Die Freiheit“ hat damit erklärt, daß sie selbst die alte Giftsprache ist. (Heiterkeit.) Sie hat sich damit treffend selbst charakterisiert. In diesem Zusammenhang können wir feststellen: unsere Partei ist nicht zuletzt deshalb in der Stärke, die wir zu unserer Freude hier sehen, erhalten geblieben, weil sie bei der Spaltung das Gift aus dem Parteikörper ausgeschieden hat. (Sehr richtig!) Das ist eigentlich das einzig Erfreuliche an der sonst so verdammenwürdevollen Spaltung. (Zustimmung.)

Genossinnen und Genossen! In Halle war auch von unserer Partei die Rede. Als Berichterstatterin des Parteivorstandes hat die Genossin Zieg u. a. erklärt, daß am 13. Januar d. J. von der Regierung Bauer, Müller, Noske ein Blutbad inszeniert worden sei (Unruhe), und daß wir dabei am Fenster gestanden hätten. Ich stelle fest, daß das einfach gelogen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mitglieder der Regierung waren damals von der Frivolität und von der Feigheit der Anstifter jener gewissenlosen Demonstration gleichmäßig überrascht. (Sehr gut!) Die Genossin Zieg hat weiter die Behauptung aufgestellt, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei beim Kapp-Putsch zuerst die Parole des Generalstreiks ausgegeben hätte. (Große Heiterkeit. — Wels: Geschlafen hat sie!) Auch das ist eine Geschichtsfälschung, wie in unserem Parteivorstandsbericht bereits festgestellt worden ist. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat den Kapp-Putsch genau so verschlafen, wie sie die Revolution vom 9. November verschlafen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist bereits auf dem ersten Rätekongreß, im Dezember 1919, festgestellt worden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Revolution auf den 11. November datiert hatte, weil in der Woche vorher ihre Zentralkleitung das Proletariat noch nicht reif für die Revolution hielt. Die Revolution brach dann am 4. November in Kiel, am 6. November in Hamburg, am 7. November in München und in anderen Städten und dann in Berlin am 9. November aus.

Die Unabhängige Sozialdemokratie war von dieser Revolution auch in Berlin völlig übertrumpft. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß nicht, was auf dem Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die kleine Schärferin mit diesen Behauptungen eigentlich bezweckt hat. Ob sie etwa glaubt, daß sie mit solchen Lügen beim Auseinanderbersten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Arbeiter hinter ihrer Fahne halten kann? (Sehr gut!) Sie wird sich darin täuschen. Die Arbeiter werden in steigendem Maße zu uns kommen, weil sie wissen, daß unsere Partei für sie arbeitet (Bravo!), daß bei uns die Kritik nicht Selbstzweck ist, sondern nur ein Motor zur gesteigerten Vertretung der Arbeiterinteressen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich sagte schon: Kritik muß sein, und Kritik muß in der Partei auch dann da sein, wenn eine Partei durch die Verhältnisse und gegen ihren Willen gezwungen ist, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen. Wir begrüßen die Kritik, und ich glaube feststellen zu können, daß niemand mehr die Berechtigung der Kritik an den Handlungen der Regierungsmitglieder einsteht als diejenigen, die den Dingen am nächsten stehen, nämlich die Minister selbst. Die Ihr Vertrauen in die Regierung gesandt hatte. Niemand von uns hat Sehnsucht, wieder in die Regierung einzutreten. Ich stelle fest, daß der Parteitag erklärt hat: es müssen zwingende Gründe vorhanden sein, wenn die Sozialdemokratische Partei wieder Genossen in die Regierung schicken soll. (Bravo!)

Bei der Betrachtung dieser Verhältnisse ist viel von der Zwangsläufigkeit dieser Verhältnisse die Rede gewesen, einer Zwangsläufigkeit, die der unglückliche Ausgang des Krieges mit sich gebracht hat. Wir, die wir bei jeder Bewegung, die wir tun wollen, täglich die Ketten des Versailler Vertrages fühlen, wissen, wieviel Zwangsläufigkeit in unseren elenden Verhältnissen vorhanden ist. (Sehr richtig!) Aber, Parteigenossen, wir dürfen uns durch dieses Wort von der Zwangsläufigkeit nicht zum Fatalismus treiben lassen. (Lebhafte Rufe: Sehr wahr!) Wir sind da, um die Dinge zu meistern, und unser Volk ist verloren, wenn wir die Dinge nicht meistern können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir die Dinge meistern wollen, dann brauchen wir in erster Linie einen großen Optimismus. (Sehr richtig!) Es war erfreulich, daß der diesjährige Parteitag diesen Optimismus gezeigt hat.

Es ist nun, wenn von der Rettung unseres Volkes und von der Sicherung der Arbeiterklasse die Rede gewesen ist, auch viel von den Richtlinien gesprochen worden, die gegeben werden müssen. Es ist die erste Pflicht einer Partei wie der unseren, den Weg zum Ziel zu suchen. Aber in einer Zeit, in der die Wirtschaft der ganzen Welt revolutioniert ist, lassen sich beim besten Willen nicht für alles Richtlinien aufstellen. (Sehr wahr!) Die Revolution, in der wir mitten darin sind, ist ein Prozeß, der noch lange nicht abgeschlossen ist, und es können täglich aus den Umwälzungen, die im europäischen Wirtschaftslieben vor unseren Augen vor sich gehen, sich neue Tatsachen ergeben, die uns zwingen, einen Umweg zu machen, um zum Ziele zu kommen. Es können sich aber auch Dinge ereignen, die uns vielleicht helfen, den Weg abzukürzen. Darum ist die Hauptfrage für uns, daß wir nie das Ziel aus den Augen verlieren. (Sehr wahr!) Wenn Verhältnisse kommen sollten, die so stark sind, daß sie alle Wegweiser umstürzen, dann müssen wir als Kompaß unseren wissenschaftlichen Sozialismus behalten, der uns doch zum Ziele vorwärts führen soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen an diesem wissenschaftlichen Sozialismus festhalten; das hat die Programmdebatte gezeigt. Wir haben eine Programmkommission eingesetzt, die zu prüfen hat, ob an dem grundsätzlichen Teil unseres Parteiprogramms Änderungen notwendig sind. Auch das Erfurter Programm war ja nicht der Weisheit letzter Schluß. (Sehr wahr!) Wir haben zu dem wendenden

neuen Stellung zu nehmen, das sich in den letzten dreißig Jahren ereignet hat, und wir haben zu ihm Stellung zu nehmen auf Grund der Methoden, die uns Marx und Engels gelehrt haben. Ganz gründlich — darüber war sich wohl der Parteitag einig — muß der zweite Teil unseres Programms, der die Gegenwartsforderungen enthält, umgeändert werden. Da wird sich zeigen, daß wir doch in den dreißig Kampfsjahren, die seit dem Gallenser Parteitag vergangen sind, auf den verschiedensten Gebieten vorwärts gekommen sind, daß wir eine Reihe von Reformen durchgesetzt haben. Wir sind im Begriff, weitere Reformen anzubahnen. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit an das Wort des alten Diebknecht erinnern, daß Revolution und Reform keine Gegensätze sind. Der Parteitag hat im einzelnen zu solchen Reformfragen Stellung genommen, zuletzt zur Wohnungsfrage. Er hat der Partei und der Fraktion Wege gewiesen, die unserer Auffassung nach gegangen werden müssen, damit wir aus diesem fürchterlichen Wohnungselend herauskommen. (Sehr wahr!) Der Parteitag hat vor allen Dingen aber auch zu der Kernreform der nächsten Zeit, nämlich zur Frage der Sozialisierung Stellung genommen. Und er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Kohlenverteilung, die Kohlenverteilung, die Stahl- und Eisenerzeugung für die volle Sozialisierung reif sind. Wir können uns auf diesem Gebiet nicht mit Zwischenreformen absetzen lassen (Sehr richtig!), die meiner Ansicht nach niemand etwas nützen würden, auch den Unternehmern nicht. Die Unternehmer, die das Eigentum behielten und die einen Teil der Verantwortung nach gegangen werden müssen, aber nicht die volle Verantwortung zu tragen hätten (Sehr richtig!), sie würden uns, wenn wir diesen Weg gingen, für jedes Fiasko verantwortlich machen und sie würden außerdem für sich selbst einen fortwährenden Anreiz zur Sabotierung der Bestrebungen finden, die wir für dringend notwendig halten.

Genossinnen und Genossen! Ich weiß, daß gegen die Sozialisierung besonders im Auslande Bedenken bestehen. Ich habe im letzten Jahre so viele Ausländer und darunter welche, die uns wohlmeinend gesinnt waren, über diese Frage gehört. Aber wenn sie mir ihre Bedenken mitteilten, habe ich ihnen immer und immer wieder erklärt: die Sozialisierung insbesondere des Kohlenbergbaues ist bei uns notwendig, damit die Arbeitsfreudigkeit der Kohlenarbeiter erhalten bleibt. (Sehr richtig!) Und wir sind von der Arbeitsfreudigkeit der Kohlenarbeiter abhängig, wenn Deutschland leben soll und wenn Europa die Wiedergutmachung erhalten soll, die wir nach seiner Auffassung leisten sollen. Die Kohlenindustrie ist nun einmal die Grundlage aller Industrien und wir kommen aus unserem finanziellen, aus unserem Wohnungselend nur heraus, wenn alle Industrien zu höchsten Leistungen ihrer Arbeiter und Angestellten kommen. Aber wir verlangen nicht nur die Sozialisierung der dafür reifen Industriezweige, sondern auch in der Landwirtschaft muß es mit der Sozialisierung vorangehen. (Sehr richtig!) Und da kommt in erster Linie die Sozialisierung der großen Waldungen, die noch vielfach im Privatbesitz sind, in Betracht. Wir müssen diesen agrarischen Fragen die größte Aufmerksamkeit schenken und die einstimmige Annahme der Richtlinien, die Ihnen zum Agrarprogramm vorgelegen haben, hat gezeigt, daß der Parteitag sich der Größe und der Notwendigkeit dieser Aufgabe bewußt ist. Wir müssen uns der Dinge auf dem Lande annehmen, denn dort auf dem Lande sucht sich die Reaktion einen Stützpunkt nach dem anderen zu schaffen. Wir werden in der nächsten Zeit nicht nur in dem industriellen Sachsen, sondern auch in Preußen die Landtagswahlen haben. Ich hoffe, daß nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der rein bürgerlichen Regierung des sogenannten Wiederaufbaues gemacht hat, unsere Partei in Sachsen und Preußen Fortschritte machen wird. (Bravo!) Diese Wahlen müssen uns und dem Auslande zeigen, daß das

alle Preußen wirklich tot ist, daß in dem neuen Deutschland eine preussische Reaktion keinen Platz hat. (Sehr gut!) Dem Genossen und Genossen! Dieser Parteitag hat sich einstimmig in einer Resolution, die die Preußen und die Bayern besonders befürwortet haben, für die eine unteilbare deutsche Republik erklärt. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte dazu noch feststellen, daß die verflochtenen Monate gezeigt haben, daß diese junge Republik eine große Anziehungskraft besitzt. Ich erinnere an die Abstimmungen, die wir in Schleswig, in West- und Ostpreußen gehabt haben, und ich hoffe, daß die Abstimmung in Oberösterreich einen ähnlichen Erfolg für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse mit sich bringt. (Erneuter Beifall.) Aber ich denke bei der Gelegenheit auch der Kärntnerdeutschen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), insbesondere unserer Genossen dort, die auch hier in errier Linie für das Deutschtum gekämpft haben, und die haben wollen, daß bald der Völkerbund das Selbstbestimmungsrecht der Völker wahr macht, und daß die österreichischen Deutschen und insbesondere die Deutschen dort unten in der Südtirol sich mit den deutschen Brüdern in der deutschen Republik vereinigen können. (Stürmischer Beifall.) Wir sind bereit, diese Republik zu schützen. Das haben die Iden dieses März gezeigt. Die deutsche Republik kann nicht wie ein César durch einen Dolchstoß an einem Tage beseitigt werden. Wir haben im März gezeigt, daß wir die Maßregeln zu treffen wissen, die zum Schutz der Republik notwendig sind, und daß wir die Männer besitzen, die diese Maßregeln durchführen. (Bravo!)

Ausländer, die Deutschland besuchen, werden oft an der Republik irre, weil das Republikanische zu wenig sichtbar ist. Kommen Ausländer in Deutschland in öffentliche Lokale, so finden sie Kaiserbüsten und Kaiserbilder in allen möglichen und unmöglichen Aufmachungen. Das schien früher verständlich, wo es der deutschen Bourgeoisie gut ging, obwohl auch daran Wilhelm II. wahrlich unschuldig war. Heute hängen diese Bilder sicherlich nur noch nach dem Geheiß der Trägheit da. Oder sollte man in bürgerlichen Kreisen nach Veröffentlichung der Randbemerkungen immer noch Sympathie für den feigen Dejektur und entthronten Narren haben?

Bismarck jagt im dritten Band seiner Gedanken und Erinnerungen, daß Wilhelm II. alle schlechten Eigenschaften seiner Vorfahren geerbt hätte, und daß er von den Nüchternen, die keine guten und keine schlechten Eigenschaften gehabt hätten, nichts geerbt hätte. Das ist einer der Gründe, warum der dritte Band nicht herauskommt. Jedenfalls bleibt es unverständlich, wie das Bild eines typischen Vertreters der degenerierten Hohenzollernfamilie heute noch überall herumhängt. Das sind keine Nebenächlichkeiten. Die Nationalisten schreien am lautesten nach der Revision des Versailler Vertrages. So lange so offen und zahlreich diese monarchistischen Symbole in Deutschland aushängen, wird die Arbeit der Revisionsfreunde gehemmt und gehindert. Es ist bedauerlich, daß uns bisher Symbole für das Neue fehlen. Wir haben keinen republikanischen Nationalfeiertag und keine republikanische Nationalhymne. Und wieviel schwarz-rot-goldene Fahnen gibt es in Deutschland?

Die Fraktion wird sich von neuem mit den Anträgen auf Schaffung eines Nationalfeiertages zu befassen haben. Es waren ferner auch Anträge gestellt, die verlangten, daß unser 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Wir haben die Maifeier nicht als besonderen Punkt auf der Tagesordnung des diesmahligen Parteitags gehabt. Ich möchte für mich persönlich hierzu erklären, daß wir natürlich haben wollen, daß die Maifeier einmal gesetzlicher Feiertag werden soll. (Bravo!) Aber ich glaube nicht, daß wir ihn haben wollen von der Gnade der bürgerlichen Koalitionsregierung und der Deutschen Volkspartei. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen die Maifeier zum gesetzlichen Feiertag erklären, wenn wir gesiegt haben. (Sehr richtig!) Wir haben eine Revolution

gehabt, aber wir haben noch nicht gesiegt, das wollen wir wahrheitsgemäß feststellen. Aber wenn auch der 1. Mai zunächst nicht gesetzlicher Feiertag ist, so wollen wir Arbeiter ihn feiern, als ob er ein gesetzlicher Feiertag wäre. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Am 1. Mai muß das Proletariat mobil gemacht werden, insbesondere aber auch auf dem platten Lande, damit die Reaktion sieht, daß wir uns von ihrem Selbstschutz nicht im geringsten bange machen lassen. Am 1. Mai sollen die Junker auf dem Lande insbesondere wissen, daß sie mit dem Feuer spielen, wenn sie einen neuen Putz versuchen. (Sehr richtig!) Wer die Republik mit Gewalt beseitigen will, der ist für uns vogelfrei. (Sehr richtig!) Die Maifeier muß in Stadt und Land zu einem Stadtmesser unserer Macht werden.

Aber noch eins, Parteigenossen: Es ist auch auf diesem Parteitag wieder von der Einigung des Proletariats die Rede gewesen, und unsere Verhandlungen haben gezeigt, für wie notwendig wir die Einigung halten. Die Maifeier ist eigentlich heute noch das einzige, was die drei sozialistischen Parteien gemeinsam haben, und deshalb müssen wir sie besonders hochhalten. Wenn wir in allem wieder so einig sein werden, wie wir es noch in der Maifeier sind, dann werden wir unwiderrstehlich sein.

Und nun noch ein kurzes Wort zur Zweiten Internationale. Sie haben den Bericht über die Verhandlung des Genfer Kongresses auf dieser Tagung gehört, haben die warmen Begrüßungsworte gehört, die die Vertreter unserer Bruderparteien hier ausgesprochen haben. Sie haben gesehen, wie unsere Partei zu arbeiten imstande ist, unsere Partei, die ja so oft vor der Internationale draußen totgesetzt worden ist. Als wir in Stockholm waren, haben dort die Vertreter der Unabhängigen immer und immer wieder verbreitet: Die sollen nur warten, bis die Arbeiter aus dem Kriege zurückkehren! Die werden schon dafür sorgen, daß diese mehrheitssozialistische Partei ihr Ende findet! Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben alle Stürme des Krieges und alle Stürme der Revolutionszeit überdauert, und wir werden auch weiter den Beweis liefern, daß wir unverwundlich sind. Wir wissen aus den Worten der Vertreter unserer Bruderparteien, daß sie uns dankbar dafür sind, daß wir auf dem Boden der Demokratie unsere sozialistische Partei so stark erhalten haben, und daß wir nach den Stürmen dieses Krieges uns als so starke geschlossene Partei mit den Bruderparteien des Auslandes wieder vereinigen konnten. Und so wollen wir mit ihnen auf ewig zusammenbleiben zur Sicherung des Friedens der Welt und zum Wiederaufbau Europas. In diesem Sinne, Parteigenossen, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch!

Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen in diesen Ruf begeistert ein. Mit der Abfindung der ersten und — zum ersten Male auf einem Parteitag — auch der dritten Strophe der Arbeitermarzellaise, die das Bekenntnis zur Demokratie enthält, schließt der Parteitag um 11½ Uhr.